

MIT IN DEN MEDIEN

PRESSESPIEGEL

20. FEBRUAR 2023

INHALTSVERZEICHNIS

Print-Artikel	Seite 2
Social-Media-Auswertung	Seite 10

Der Pressespiegel der Bundesgeschäftsstelle der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) dient ausschließlich der internen Information. Ein Ausdruck ist nur für den eigenen Gebrauch gestattet. Jegliche darüber hinausgehende Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe stellt einen Verstoß gegen § 106 UrhG (Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte) dar. Die elektronische Fassung dieses Pressespiegels ist nach Ablauf von vier Wochen zu löschen.

Hinweis: Der Pressespiegel erscheint seit dem 24. Januar 2022 ergänzt um eine Social-Media-Auswertung. Auf einige bisherige Funktionen wie Markierungen und Verlinkungen wird aus Ressourcengründen und zur Beschleunigung des Versands fortan verzichtet. Tipp: Nutzen Sie die Suchfunktion (Microsoft: STRG+F; Mac: Befehlstaste+F; mobil meist über Adressleiste) und geben Sie *mittelstand* ein, um schnell zu den wichtigsten Erwähnungen zu gelangen.

Fragen und Anregungen richten Sie bitte an berndt@mit-bund.de, Tel: 030/220798-17

Mediengattung: Online News

Visits (VpD): 0,256 (in Mio.)¹

Nummer: 6173979147

Weblink: <https://www.noz.de/deutschland-welt/wirtschaft/artikel/verdis-warnstreik-ist-eine-machtprobe-auf-kosten-der-passagiere-44175807>

¹ von PMG gewichtet 12-2022

Verdis Streik ist eine überzogene Machtprobe auf Kosten der Passagiere

Knapp 300.000 Passagiere müssen auf ihre Flüge verzichten. Grund ist ein Warnstreik an sieben Flughäfen, zu dem die Gewerkschaft Verdi und der Beamtenbund aufgerufen haben. Und das, noch ehe ernsthaft verhandelt wurde. Das ist überzogen.

Dieser Arbeitskampf von Verdi und des Beamtenbundes ist kein kleiner Warnstreik, er kommt direkt mit ordentlich Karacho daher. An den größten Flughäfen des Landes traten die Beschäftigten in den Ausstand. Knapp 300.000 Passagiere sind betroffen. Das ist heftig. Nicht auszumalen, sollten wie angedroht bald auch noch Müllwerker ihre unverzichtbare Arbeit niederlegen, ebenso wie Erzieher in Kitas oder das Personal in Krankenhäusern. Und das alles, um eine zweistellige Lohnforderung durchzusetzen.

Natürlich gehören die Beschäftigten an den Flughäfen, die nicht selten in knochenharter Schichtarbeit tätig sind, anständig entlohnt. Auch Müllwerker,

Erzieherinnen und die anderen Beschäftigten haben mehr Geld verdient. Viele von ihnen haben berechnete finanzielle Sorgen: Die Reallöhne schrumpften 2022 um 4,1 Prozent, die reale Kaufkraft der Arbeitnehmer ist inzwischen so niedrig wie im Jahr 2014. Das gibt Verdi in seinen Forderungen ordentlich Rückenwind.

Der Streik ist in dieser Dimension nicht gerechtfertigt

Doch rechtfertigt all das einen Streik dieser Dimension und das noch ehe ernsthaft verhandelt wurde? Nein. Streiks sind völlig legitim, doch es kommt eben immer auch auf die Dosierung an. Gitta Connemann, Bundesvorsitzende der CDU-Mittelstandsgesell-

schaft MIT, bringt es auf den Punkt: „Eine Gewerkschaft darf nicht ein ganzes Land für ihre Interessen in Geiselschaft nehmen.“

Zumal Beispiele aus der Vergangenheit ja zeigen, dass es auch anders geht: In der Chemie- und Pharmaindustrie haben Gewerkschafter und Arbeitgeber im Herbst beinahe geräuschlos einen Abschluss ausverhandelt, der den Beschäftigten deutlich mehr Geld brachte. Der aktuelle Streik hingegen erscheint wie eine Machtprobe der Gewerkschaft auf Kosten der Passagiere, mit dem Verdi vor allem Werbung für sich selbst machen will.

Abbildung:

Zahlreiche große Flughäfen sind durch einen Warnstreik lahmgelegt. Kaum etwas fliegt dort noch. Foto: Bodo Marks/dpa

Wörter:

309

Seite: 2 bis 3**Ressort:** Politik**Ausgabe:** Hauptausgabe¹ IVW 4/2022² AGMA ma 2022 Tageszeitungen**Mediengattung:** Tageszeitung**Auflage:** 37.530 (gedruckt) ¹ 27.429 (verkauft) ¹
28.477 (verbreitet) ¹**Reichweite:** 0,080 (in Mio.) ²

Arbeitskampf legt Deutschlands Flugverkehr komplett lahm

Geht's ver.di jetzt ans Streikrecht?

FRANKFURT/M.-Keine Frage, der Streik ist ein Grundrecht und das rechtmäßige Mittel zur Durchsetzung von Tarifforderungen. Doch was, wenn ein solcher Arbeitskampf ein ganzes Land lahmlegt?

An nahezu allen großen Flughäfen in Deutschland ging gestern mal wieder gar nichts mehr. Die Gewerkschaft ver.di hatte die Beschäftigten zum ganztägigen Warnstreik in Frankfurt, München, Hannover, Stuttgart, Bremen, Hamburg und Dortmund aufgerufen. Auch an nicht bestreikten Airports wie etwa Berlin kam es dadurch zu Einschränkungen. Insgesamt betroffen: rund 300 000 Passagiere von gut 2 340 Flugausfällen.

Ein Umstand, der nicht nur gestrandete Fluggäste auf die Palme bringt, sondern auch Teile der Union. "Eine Gewerk-

schaft darf nicht ein ganzes Land für ihre Interessen in Geiselnahme nehmen", sagte etwa die Bundesvorsitzende der CDU-Mittelstandsgesellschaft MIT, Gitta Connemann (58), der "Bild". Und deswegen will sie ver.di und Co. jetzt das Streikrecht stutzen.

Im MIT-Präsidiumsbeschluss heißt es: Sämtliche Streiks, wie jetzt an Flughäfen, müssen mindestens vier Tage vorher angekündigt werden, damit sich betroffene Bürger darauf einstellen können. UND: Ohne vorheriges Schlichtungsverfahren und Urabstimmung unter den Gewerkschaftern dürfe es künftig gar keine Streiks mehr in kritischen Infrastruktur-Bereichen geben.

Auch der Flughafenverband ADV sprach von einer "beispiellosen Eskalation" im Tarifstreit. Allein die Luft hansa musste rund 1 300 Verbindungen

streichen, und das, nachdem sie die von einem Bagger verursachte IT-Panne am Mittwoch mit zahlreichen Flugausfällen überwunden hatte.

Mit dem gestrigen Ausstand wollen die Beschäftigten den Druck im Tarifstreit erhöhen. Im Übrigen nicht nur an den Flughäfen, denn ver.di und der Beamtenbund DBB hatten mehrere Berufsgruppen aus dem Öffentlichen Dienst, den Bodenverkehrsdiensten und der Luftsicherheit zum gemeinsamen Streik aufgerufen. Sie fordern 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 500 Euro mehr. Die Arbeitgeber weisen das zurück. Die zweite Verhandlungsrunde ist für den 22. Februar in Potsdam geplant. Noch liegt kein Gegenangebot vor.

Abbildung: MIT-Chefin Gitta Connemann (58, CDU) will das Streikrecht einschränken.

Abbildung: Gut 1 500 Beschäftigte, größtenteils aus dem Öffentlichen Dienst, gingen gestern auch in Leipzig auf die Straße.

Abbildung: Am Drehkreuz München wurden alle Flüge gestrichen.

Wörter: 326

Autor: Corinna Clara Röttker; Corinna Clara Röttker zu den Warnstreiks
Mediengattung: Tageszeitung
Seite: 9
Jahrgang: 2023
Rubrik: WIRT
Nummer: 42
Seitentitel: Frühausgabe, Spätausgabe
Auflage: 9.060 (gedruckt) ¹ 7.892 (verkauft) ¹
7.952 (verbreitet) ¹
Ausgabe: Hauptausgabe
Reichweite: 0,044 (in Mio.) ²

¹ von PMG gewichtet 01/2023

² von PMG gewichtet 7/2022

KOMMENTAR

Überzogene Machtprobe

Dieser Arbeitskampf von Verdi und des Beamtenbundes kommt mit Karacho daher. Nicht auszumalen, sollten wie angedroht bald auch noch Müllwerker ihre unverzichtbare Arbeit niederlegen, ebenso wie Erzieher in Kitas oder das Personal in Krankenhäusern. Und das alles, um eine zweistellige Lohnforderung durchzusetzen.

Natürlich gehören die Beschäftigten an den Flughäfenanständig entlohnt. Auch Müllwerker, Erzieherinnen und andere Beschäftigte haben mehr Geld verdient. Viele von ihnen haben finanzielle Sorgen: Die Reallöhne schrumpften 2022

um 4,1 Prozent, die reale Kaufkraft der Arbeitnehmer ist inzwischen so niedrig wie im Jahr 2014. Das gibt Verdi in seinen Forderungen ordentlich Rückenwind.

Doch rechtfertigt all das einen Streik dieser Dimension, noch ehe ernsthaft verhandelt wurde? Nein. Streiks sind legitim, doch es kommt auch auf die Dosierung an. Gitta Connemann, Bundesvorsitzende der CDU-Mittelstandsgesellschaft MIT, bringt es auf den Punkt: "Eine Gewerkschaft darf nicht ein ganzes Land für ihre Interessen in Geiselnhaft nehmen."

Beispiele aus der Vergangenheit zeigen, dass es auch anders geht: In der Chemie- und Pharmaindustrie haben Gewerkschafter und Arbeitgeber im Herbst beinahe geräuschlos einen Abschluss ausverhandelt. Der aktuelle Streik hingegen erscheint wie eine Machtprobe der Gewerkschaft auf Kosten der Passagiere, mit dem Verdi vor allem Werbung für sich selbst machen will.

Corinna Clara Röttker zu den Warnstreiks

Wörter: 202
Urheberinformation: (c) M.DuMont Schauberg



Mediengattung: Online News

Weblink: <https://www.nrz.de/staedte/oberhausen/oberhausener-cdu-chef-die-streiks-treffen-die-falschen-id237689621.html>

Oberhausener CDU-Chef: Die Streiks treffen die Falschen

Bahn, Kitas – die Streiks haben Oberhausen getroffen. Wilhelm Hausmann fordert: Gewerkschaft darf nicht ein ganzes Land „in Geiselhaft“ nehmen.

Viele Beschäftigte streiken derzeit: die der Post, der Bahn, der Kitas und anderer städtischer Einrichtungen und das Personal an Flughäfen. Zu streiken sei ein durch die Verfassung geschütztes Recht der Arbeitnehmer, betont Wilhelm Hausmann, Oberhausener CDU-Chef und Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Ruhr (MIT). Wichtig ist ihm aber auch: „Eine Gewerkschaft darf nicht ein ganzes Land für ihre Interessen in Geiselhaft nehmen.“

Gerade dort, wo kritische Infrastruktur betroffen sei – wie etwa [bei der Bahn](#) oder [an den Flughäfen](#)– sollten Streiks

mindestens vier Tage vorher angekündigt werden, findet Hausmann. Ihnen sollte außerdem ein abgeschlossenes Schlichtungsverfahren vorausgehen. „Sonst trifft der Streik nämlich nicht nur die Arbeitgeber, sondern sehr viele Menschen und Betriebe, die im Zweifel sogar unverschuldet in existenzielle Not geraten.“

>>>**Auch interessant:** [Verdi-Kundgebung: Weiterer Warnstreik noch in diesem Februar](#)

Dass die Gewerkschaft Verdi Gehaltserhöhungen von mehr als zehn Prozent fordert, löse bei ihm „Unwohlsein“ aus, schreibt Hausmann in einer Mitteilung,

das er mit vielen Menschen in Oberhausen teile. Dass ein Teil der Kita-Beschäftigten am Mittwoch etwa ihre Arbeit niedergelegt hätten, [stoße nicht überall auf Verständnis](#). „Verdi muss endlich zur Kenntnis nehmen, wer ihre Gegner im Arbeitskampf sind“, fordert der CDU-Politiker. „Das sind nämlich die Kommunalen Arbeitgeber und nicht die jungen, zum Teil verzweifelten Oberhausener Familien, die nicht wissen, wie sie die Betreuung ihrer Kinder kurzfristig selbst organisieren sollen.“

Abbildung:

Wilhelm Hausmann, Oberhausener CDU-Chef und Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Ruhr, betont: Zu streiken ist ein durch die Verfassung geschütztes Recht der Arbeitnehmer. Aber irgendwann höre das Verständnis auf.

Fotograf:

Lars Fröhlich

Abbildung:

Am Dienstag fahren in Oberhausen keine Busse und Bahnen. Am Mittwoch streikte dann der öffentliche Dienst.

Fotograf:

Ant Palmer

Wörter:

287

Ort:

Oberhausen

Autor: LAURA ESSLINGER
Seite: 120 bis 125
Rubrik: INVEST

Jahrgang: 2023
Nummer: 3
Auflage: 91.467 (gedruckt)¹ 116.501 (verkauft)¹
 118.353 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,541 (in Mio.)²

Mediengattung: Zeitschrift/Magazin

¹ IVW 4/2022

² AGMA ma 2022 Pressemedien II

Steuerpolitik

DIE STEUER-STEUERER

Ein verschwiegener Expertenkreis lenkt seit vielen Jahren die deutsche Steuerpolitik. Capital hat die wichtigsten Strippenzieher getroffen und erklärt, was sie antreibt

TEXT: LAURA ESSLINGER

Das diskrete Treffen ist einige Jahre her, aber es illustriert noch immer, welche Macht einige Menschen haben können, wenn sie sich in einer komplexen Materie nur gut genug auskennen – so gut wie etwa Matthias Lefarth.

Als CDU/CSU und SPD Anfang 2016 die Reform der Erbschaftsteuer verhandeln, ist der Jurist und Diplom-Finanzwirt Lefarth, zu dieser Zeit Cheflobbyist der Stiftung Familienunternehmen, einer der kundigsten Steuerexperten des Landes. Wie kaum jemand sonst kennt er sich aus mit Bemessungsgrundlagen, Schonvermögen und Investitionsrücklagen. Lefarth weiß, an welchen Schrauben er drehen muss, wenn er die Steuerlast reduzieren will, vor allem für die Erben großer Unternehmen. Aber weil er das selbst nicht kann, weiß er auch, mit wem er reden muss, damit die dann an den Schrauben drehen.

Am 21. Februar 2016 ist Lefarth dort, wo er hin muss: Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hat in die Staatskanzlei geladen, und Lefarth hat acht Korrekturwünsche im Gepäck. Darunter: Bei vererbten Betriebsvermögen müsse die Schongrenze deutlich steigen – von 26 Mio. Euro auf 100 Mio. Euro. Das betrifft zwar nur ein Prozent der Erbschafts- und Schenkungsfälle pro Jahr, aber dieses eine Prozent ist eben besonders wichtig: oftmals Familienunternehmen mit Hunderten, ja, Tausenden Mitarbeitern, deren Existenz nach Überzeugung der Stiftungmitglieder bedroht ist, wenn der Fiskus im Fall von Tod und Erbschaft mitkassieren will.

Drei Tage später lässt Seehofer den Kompromiss der Koalition platzen, in den nächsten Wochen boxt er unter

anderem eine weitreichende Verschönerung von Vermögen bis zu einer Höhe von 90 Mio. Euro durch und obendrein weitere großzügige Nachlässe für Familienunternehmen.

Was Lefarth als riesigen Erfolg verbuchen kann, ist ein Beispiel dafür, wie ein kleines, aber mächtiges Netzwerk an Juristen seit Jahren die deutsche Steuerpolitik mitbestimmt. Diese Steuernetzwerker sind die absolute Elite ihrer Zunft, kommen hauptsächlich aus der Wissenschaft und von Verbänden und pflegen beste Kontakte in Ministerien sowie zu Abgeordneten des Bundestages. Sie selbst nennen sich die „Steuercommunity“, und als solche beeinflussen sie die deutsche Steuerpolitik seit Jahren. Nur kennt sie außerhalb ihrer Fachzirkel kaum jemand. „Die Community hält Kontakte im 360-Grad-Winkel“, erzählt einer, der sich selbst seit Jahren darin bewegt. Die Mitglieder bilden keinen eingetragenen Verein, trotzdem arbeiten sie sehr konstant zusammen. Wer einmal drin ist, bleibt das meist für viele Jahre.

Alle sind Pragmatiker, die der Wunsch eint, Steuergesetze möglichst einfach zu machen. Zu vielen Fragen haben sie ähnliche Positionen, heute sogar erneut bei der Erbschaftsteuer: Auch wenn keiner offen darüber reden will, ist vielen klar, dass der Kompromiss von 2016 ein Fehler war. Statt große Vermögen zu verschonen, sollten Erbschaften künftig breiter besteuert werden, finden sie.

Insgesamt gibt es um die 50 Steuerexpertinnen und -experten in Deutschland. Doch in den Berliner Zirkel schaffen es nur diejenigen, die über ihre Verbände großes Gewicht haben oder die sich als Universitätsprofessoren einen Namen

machen konnten – am Ende sind es zehn bis 15 Personen. Capital ist in dieses verschwiegene Netzwerk eingetaucht. REINER HOLZNAGEL & DANIELA KARBE-GESSLER

Präsident & Leiterin der Abteilung Steuern des Bundes der Steuerzahler (BdSt) Reiner Holzengel kennen viele aus Talkshows, wo er gern die großen Linien zieht. Die Juristin Daniela Karbe-Gessler, Leiterin der Abteilung Steuern in seinem Lobbyverband, bleibt dagegen im Hintergrund. Zuletzt warben beide unter Bundestagsabgeordneten sehr für den Abbau der kalten Progression – mit Erfolg. „Wir rufen den einen oder anderen an, um Beweggründe zu erfragen, Erklärungen zu erbitten oder unsere Positionen darzulegen“, sagt Holzengel, „bis hin dazu, dass wir uns die Berichterstatter und die Mitglieder des Finanzausschusses und deren Mitarbeiter vorknöpfen.“ 15 BdSt-Landesverbände pflegen Kontakte in die Landesministerien und zu Ministerpräsidenten. Der BdSt ist im Lobbyregister des Bundestages eingetragen, zählt nach eigenen Angaben etwa 200 000 Mitglieder und reklamiert für sich, „die Interessenvertretung für alle Steuerzahler“ zu sein. Eine ältere Analyse der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2008 schätzte jedoch, dass rund 60 Prozent der Mitglieder Unternehmen und Mittelständler waren und nur zehn Prozent Arbeitnehmer. Den Soli für Gutverdienende lehnt der BdSt als „eine Art Reichensteuer“ ab, scheiterte zuletzt aber mit einer Klage vor dem Bundesfinanzhof.

TORSTEN LÜTH & SYLVIA MEIN
 Präsident & Geschäftsführerin des Deutschen Steuerberaterverbands (DStV)

Thorsten Lüth ist Präsident des Deutschen Steuerberaterverbands (DStV), Sylvia Mein Geschäftsführerin und Leiterin der Steuerabteilung. Der DStV hat 36 500 Mitglieder und vertritt nach eigenen Angaben 60 Prozent der selbstständigen Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Der Verein will den wirtschaftlichen Mittelstand stärken, wofür er „sein umfangreiches Netzwerk zur Einflussnahme in steuer-, berufs- und wirtschaftsrechtlichen Fragestellungen“ nutzt. Hier kommt Juristin Mein ins Spiel: Sie ist hauptamtlich unter den Steuernetzwerkern unterwegs. Stellungnahmen zu Gesetzen und Entwürfen gehen über ihren Tisch, sie tritt als Sachverständige im Finanzausschuss des Bundestages auf und bei Fachveranstaltungen. Mein arbeitet außerdem in der Mittelstands- und Wirtschaftsunion mit, dem Wirtschaftsverband von CDU/CSU, und ist dort Co-Vorsitzende der Kommission Steuern, Haushalt und Finanzen. Diese Mitarbeit setzt kein Parteibuch voraus. Bei der Grundsteuer sprach sich der Verband im Vorfeld offiziell für kein Modell aus, drängte 2022 aber erfolgreich auf die Verlängerung der Abgabefristen für die Steuerklärung. „Häufig kranken Steuergesetze auch daran, dass der Anwendungszeitpunkt zu früh gesetzt wird“, sagt Mein.

MONIKA WÜNNEMANN

Abteilungsleiterin Steuern & Finanzpolitik beim BDI

Die promovierte Juristin leitet seit 2018 beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Abteilung Steuern und Finanzpolitik. Der konservative und mächtige Spitzenverband vertritt mehr als 100 000 deutsche Firmen. Wünnemanns oberstes Ziel daher: die Unternehmensteuern so gering und praxistauglich wie möglich zu halten. Dabei sitzt sie zwischen den Stühlen: Die Firmen fordern von ihr klare und harte Ansagen gegenüber Ministerien, die reagieren aber auf überzogene Forderungen mitunter empfindlich. Wünnemann weiß, dass sie Fingerspitzengefühl braucht – und wie man mit Steuern große Politik macht. Auf Drängen unter anderem von Wünnemanns BDI verabschiedete die Große Koalition – kurz vor der Bundestagswahl 2021 – eine unternehmerfreundliche Änderung bei der Körperschaftsteuer. Die globale Mindeststeuer und die Gewerbesteuer hingegen konnte der BDI bisher nicht verhindern beziehungsweise abschaffen. Umso mehr stemmt sich Wünnemann nun gegen die Vermögensteuer. Trotzdem

sagt die Rechtsanwältin, Steuergerechtigkeit sei ihr wichtig – und überrascht mit Sätzen, die man von der Arbeitgeberlobby eher selten hört: „Die Erbschaftsteuer kann einen Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit leisten.“ Sie ist Vorsitzende der Lobbyorganisation Institut Finanzen und Steuern und Beirätin beim Interessenverein Berliner Steuergespräche. Über das Netzwerk sagt sie: „Es war vor einigen Jahren noch eine sehr konservative und männlich geprägte Welt.“ Das habe sich inzwischen geändert.

ROLF MÖHLENBROCK

Ehem. Leiter Steuerabteilung im BMF

Der Ministerialdirektor leitete seit 2018 die Steuerabteilung im Finanzministerium und weiß aus erster Hand, wie komplex das deutsche Steuersystem ist. Auf eine Anfrage von Capital reagierte er nicht – womöglich auch deshalb, weil Finanzminister Christian Lindner (FDP) ihn erst kürzlich in den einstweiligen Ruhestand versetzte. Eine Rolle könnte gespielt haben, dass Möhlenbrocks Abteilung im Zuge des Jahressteuergesetzes 2022 zwar die Bewertungsregeln für Immobilien, nicht aber die Freibeträge für Erben und Beschenkte erhöhte. Die Änderung löste große Unruhe unter Immobilienbesitzern aus. Der Beamte wird in allen Kreisen sehr geschätzt. Es sei „unerlässlich, dass ein regelmäßiger Austausch nicht nur innerhalb der Verwaltung, sondern auch zwischen Verwaltung und Wirtschaft stattfindet“, erklärte Möhlenbrock einmal sein Amtsverständnis. Interessant ist die Verbindung zwischen ihm und Ex-BFH-Präsident Mellinghoff (siehe rechte Seite): Beide arbeiteten zuletzt im Vorstand des Instituts für Steuern und sitzen im Beirat des Vereins Berliner Steuergespräche. Sein Nachfolger im BMF heißt Nils Weith, bisheriger Referatsleiter für Steuern im Bundeswirtschaftsministerium und früherer Referent der FDP-Fraktion.

JOHANNA HEY

Direktorin des Instituts für Steuerrecht, Uni Köln

Hey leitet an der Universität Köln das Institut für Steuerrecht, hat sich auf Unternehmensbesteuerung spezialisiert und ist Herausgeberin zahlreicher Fachliteratur. Die Professorin ist extrem gut vernetzt: Sie ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums und hat damit einen direkten Draht nach Berlin. Sie gründete die Berliner Steuergespräche mit – ein vom BDI initiiertes Interessenverein – sowie

den arbeitgeberfinanzierten Lobbyverband Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. In die Wirtschaftsberaterszene hat sie aus ihrer Zeit als wissenschaftliche Beirätin bei Ernst & Young ebenfalls Kontakte. Hey war rund zehn Jahre wissenschaftliche Direktorin des Instituts Finanzen und Steuern. Sie wird regelmäßig als Sachverständige in den Bundestag geladen. Bei der Grundsteuerreform plädierte sie dafür, dass die Bundesländer eigene Grundsteuergesetze einführen konnten. Bei der Erbschaftsteuer hingegen überrascht sie mit Aussagen, die Union und FDP weniger schmecken dürften: Die bisherige Schonung von Betriebsvermögen müsse weg, stattdessen solle breit besteuert werden und sollten Verschonungsregeln sowie moderate Freibeträge gelten. „Ich glaube, dass kein Unternehmen insolvent geht oder verkauft werden muss, wenn der Steuersatz bei zehn Prozent läge und die Steuer gestundet werden könnte.“

RUDOLF MELLINGHOFF

Ex-Präsident des Bundesfinanzhofs

Der frühere Präsident des Bundesfinanzhofs gilt als Elder Statesman, laute Interventionen sind nicht sein Ding, aber er platziert seine Ansichten durchaus noch mit richterlicher Autorität. Manche sagen, das habe er auch schon im Amt getan und so Politik gemacht. Er dagegen ist der Meinung, er habe auch „nachwirkende Amtspflichten, und dazu gehört eine gewisse Neutralität“. Der Rheinländer sieht bei vielen Steuergesetzen Vereinfachungspotenzial und bezeichnet sich selbst als Verfechter der Progression: Wer mehr hat, soll auch mehr Steuern zahlen. Firmen will er jedoch nicht über Gebühr mit zusätzlichen Compliance- und Berichtspflichten gängeln. „Ich habe nicht den Eindruck gewonnen, dass wir ein Volk der Steuerhinterzieher sind und alle Unternehmen bei der Steuer tricksen.“ Das hat ihm einen unternehmensfreundlichen Ruf eingebracht, was ihn eher wenig stört. „Ich bin zwar 68 Jahre alt, aber kein 68er oder Sozialist.“ Inzwischen ist Mellinghoff wissenschaftlicher Direktor des Instituts Finanzen und Steuern, eines Interessenvereins, in dem sich Steuerexperten aus Wissenschaft, Verwaltung, Juristerei und Beratung austauschen. „Alles, was wir machen, ist öffentlich und transparent“, sagt Mellinghoff. Das Institut führe keine Gespräche mit Abgeordneten hinter den Kulissen.

THOMAS EIGENTHALER

Ex-Vorsitzender der Deutschen Steuer-
gewerkschaft

Der Schwabe kennt sowohl das Steuerrecht als auch die Finanzverwaltung. Eigenthaler ist Jurist und leitete viele Jahre eines der großen Finanzämter in Stuttgart. Der ehemalige Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DStG) schlägt sich – obwohl er als Steuergewerkschafter die Verwaltung vertritt – in der Sache oft auf die Seite der normalen Steuerzahler und -zahlenden. Das resultiert dann oft in etwas anderen Positionen als die seiner wirtschaftsnahen Kollegen. Kein Wunder also, dass die DStG unter ihm eher zum linken politischen Lager zählte. Eigenthaler opponierte 2009 etwa gegen die Einführung der Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge, die mit ihrem pauschalen Steuersatz von 25 Prozent Zinserträge gegenüber Arbeitseinkünften bevorzugen. Das Ehegattensplitting kritisiert er als „interessengeleitete Besteuerung“, die Alleinverdiener-Ehen begünstigt. Auch bei der Vermögensteuer denkt er progressiv: Eine Vermögensteuererklärung auszufüllen sei „relativ simpel“. „Nicht nur der Schwabe schaut doch regelmäßig auf sein Vermögen, es wäre also einfach, dieses dann auch zu erklären.“ Oftmals seien es gar nicht die Reichen selbst, die gegen diese Abgabe opponieren, sondern Juristen, Gutachter, Steuerberater und eben seine Kollegen aus dem Steuernetzwerk. Eigenthaler gab seinen Posten Mitte 2022 ab, sein Nachfolger Florian Köbler ist unionsnah und dürfte in Zukunft einen konservativeren Kurs fahren.

LORENZ JARASS

Emer. Professor Hochschule RheinMain
Der Wirtschaftswissenschaftler ist emeritierter Professor der Hochschule RheinMain in Wiesbaden. Neben der Steuerpolitik arbeitet er auch zum Thema Energieversorgung. Er tritt als Steuersachverständiger bei Anhörungen im Bundestag auf und nimmt zu Gesetzentwürfen Stellung, außerdem berät er das Europäische Parlament. Jarass hat eine Sonderstellung innerhalb des Netzwerks: Er ist der Einzige, der dem wirtschaftsnahen Feld regelmäßig mit linken steuerpolitischen Positionen Paroli bietet. „Gerechte Steuerpolitik gibt es nicht“, sagt er. Das Steuersystem sei auch deshalb so kompliziert und unübersichtlich, weil Lobbyverbände bei Gesetzesänderungen sofort im Finanzministerium vorstellig würden und Ausnahmeregelungen durchdrücken. Die Unternehmensbesteuerung kritisiert er wegen ihrer Schlupflöcher für Konzerne. „Ich will diejenigen entlasten, die den ganzen Tag schwer arbeiten. Und gleichzeitig versuchen, dass die Entlastung in Teilen durch diejenigen getragen wird, die derzeit relativ wenig belastet sind“, sagt Jarass. Vor etlichen Jahren, 1994, probierte er es gar mit einer politischen Karriere und trat für die Grünen bei der Bundestagswahl an. Der gebürtige Bayer hält sich zugute, dass die Gewerbesteuer, die BDI, FDP und Teile der CDU kippen wollten, weiterhin besteht.

HENNING TAPPE

Professor für Steuerrecht, Uni Trier
Tappe ist Professor für Öffentliches

Recht sowie deutsches und internationales Steuerrecht in Trier. Er gilt als unabhängiger Experte und sagt über sich selbst: „Ich gehöre nicht zu denen, die ständig auf der Einladungsliste für Anhörungen stehen.“ Seit die Hauspitze im Bundesfinanzministerium von der SPD zur FDP gewechselt hat, sind die Anfragen für Stellungnahmen noch etwas weniger geworden, beobachtet er. Tappe ist einer der wenigen Steuerjuristen, der den Solidaritätszuschlag als verfassungskonforme Abgabe verteidigt. Zuletzt wollte er dies für das BMF vor dem Bundesfinanzhof tun, doch dazu kam es nicht, weil Lindner – bekennender Soli-Gegner – sein Haus in einem höchst ungewöhnlichen Vorgang von dem Verfahren abzog. Allerdings: Die Richter folgten auch so Tappes Argumentation. Bei der Grundsteuer plädierte er für die vom damaligen Finanzminister Olaf Scholz vorgeschlagene bundeseinheitliche Lösung, Flächenmodelle wie in Bayern sieht er kritisch. „Wenn der Staat nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert, muss er auch Werte miteinbeziehen“, sagt Tappe. „Die reinen Flächenmodelle produzieren große Ungleichheiten.“ Eine Vermögensteuer, das nächste Streitthema im Netzwerk, hält er für umsetzbar. „Es hat jahrzehntlang eine Vermögensteuer gegeben, und viele andere Länder erheben sie. Das Problem war nur die extrem ungleiche Bewertung von Vermögen.“

Wörter:

2160

Seite: 15 bis 15**Ressort:** Lokal**Rubrik:** Weißenfels¹ IVW 4/2022² AGMA ma 2022 Tageszeitungen**Mediengattung:** Tageszeitung**Auflage:** 7.694 (gedruckt)¹ 7.781 (verkauft)¹
8.075 (verbreitet)¹**Reichweite:** 0,021 (in Mio.)²

Feußner will mehr Nähe zur Praxis

BILDUNGWie eine Gesprächsrunde mit der Ministerin in Weißenfels gelaufen ist.

Von Andreas Richter

Weissenfels/MZ - Das Lehramtsstudium muss nach Ansicht von Sachsen-Anhalts Bildungsministerin Eva Feußner inhaltlich reformiert werden. „Der Praxisanteil muss größer werden und früher beginnen“, sagte die CDU-Politikerin am Dienstagabend in Weißenfels. Zudem sei der fachwissenschaftliche Anspruch für Lehramtsstudenten zum Teil zu hoch. Immerhin liege die Abbrecherquote bei Lehramtsstudenten derzeit bei 40 bis 50 Prozent.

Die Kreisverbände der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) und der Frauen-Union im Burgenlandkreis hatten die Ministerin zu einem „Bildungsdialog“ eingeladen. Mehr als 30 Interessenten kamen in das Restaurant „Akropolis“ am Markt, um mit Feußner über aktuelle Probleme der Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt zu diskutieren.

Es sollte dabei nicht überraschen, dass der Lehrermangel im Mittelpunkt der

Debatte stand. Die Unterrichtsversorgung im Land liegt laut Feußner derzeit über alle Schulformen hinweg bei 94,5 Prozent. Wobei der Unterricht in den einzelnen Schulformen nicht gleich gut abgesichert sei. Während die Quote in den Gymnasien bei 98 Prozent liege, seien es an den Sekundarschulen im Durchschnitt nur 88 Prozent. Dabei gebe es aber auch Schulen, an denen wegen Lehrermangels zurzeit jede vierte Unterrichtsstunde ausfallen muss.

Wie vor dem Hintergrund des Lehrermangels Unterricht teilweise inhaltlich anders gestaltet werden kann, darüber hat Ines Kerta, stellvertretende Leiterin der Beuditz-Sekundarschule, berichtet. Die Schule, in der zurzeit im Durchschnitt jede fünfte reguläre Unterrichtsstunde ausfällt, ist eine von zwölf Schulen in Sachsen-Anhalt, in denen das sogenannte 4+1-Modell praktiziert wird: Vier Tage normaler Unterricht im Klassenraum und ein Tag alternative Bil-

dungsangebote. So sind die 9. Klassen immer freitags beim „praxisorientierten Lernen“ in Firmen zu finden. Sechstklässler lernen beim Schatten- oder Puppenspiel, besser zu lesen.

Während man in den kommenden Monaten weiter Erfahrungen mit dem 4+1-Modell sammeln will, soll am 13. März eine neue Verordnung des Landes in Kraft treten, die bereits jetzt auf erheblichen Widerstand bei der Lehrerschaft stößt. Um dem Personalmangel entgegenzuwirken, sollen Sachsen-Anhalts Lehrer dann eine Stunde pro Woche länger vor der Klasse stehen. Die Bildungsministerin verteidigte in Weißenfels die neue Arbeitszeitverordnung, räumte jedoch nach den ersten Protestkundgebungen ein: „Ich hatte nicht mit einem solch großen Widerstand gerechnet.“

Wörter: 334**Urheberinformation:** Mediengruppe Mitteldeutsche Zeitung GmbH & Co. KG

Erfolgreichster Tweet

MIT Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT)  @MIT_bund · 17. Feb.



#Verdi legt die #Flughäfen lahm. Ein aktueller MIT-Beschluss sieht vor, #Streiks im Bereich der kritischen Infrastruktur zu erschweren. @gitta_connemann zu @BILD: „Eine Gewerkschaft darf nicht ein ganzes Land für ihre Interessen in Geiselschaft nehmen.“ [bild.de/politik/inlan...](https://www.bild.de/politik/inlan...)


297


199


431

Impressions ⓘ

214.999

Interaktionen ⓘ

3.345

Detailerweiterungen ⓘ

1.299

Neue Follower ⓘ

4

Profilbesuche ⓘ

667

Erfolgreichster LinkedIn-Post

Beitragsanalysen

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) hat dies veröffentlicht • 5...



Das Aus für Benziner und Diesel kommt: Ab 2035 dürfen in der EU nur noch Neuwagen verkauft werden, die im Betrieb keine Treibhau...

Zielgruppe: Alle Follower:innen

Organisches Auffinden

8.889

Impressions

6.307

Individuelle Impressions

Organisches Engagement

559

Engagements

6.3 %

Engagement-Rate

Klicks

229

Click-Through-Rate

2.6 %

Reaktionen

228 →

Kommentare

99 →

Erfolgreichster Facebook-Beitrag

**Mittelstands- und Wirtschaftsunion** 
Gepostet von **Juliane Berndt** · 4 Tage · 

Erst das EU-Verbot für Verbrenner-Neuwagen ab 2035, und jetzt auch noch das: Die @bild berichtet über eine neuen Greenpeace-Studie, die dafür plädiert, ALLE Verbrenner bis 2040 auf Europas Straßen zu verbieten. MIT-Chefin **Gitta Connemann** fürchtet in **Bild**: „Das EU-Aus für Verbrenner war nur der erste Streich. Man kann darauf wetten: Das Fahrverbot für Verbrenner wird folgen.“ Und sie warnt: „Die ideologische Frontlinie der grün-linken Autohasser verschiebt sich immer weiter: E... Mehr anzeigen



Folgt nach dem EU-Aus auch ein Fahrverbot für Verbrenner? Gitta Connemann warnt in „Bild“:

Die ideologische Frontlinie der grün-linken Autohasser verschiebt sich immer weiter

2.900 Erreichte Personen 388 Interaktionen  +1,5x höher Distributionswert [Beitrag bewerben](#)

 75 22 Kommentare 32 Mal geteilt

Instagram-Insights

Letzte 30 Tage ▾ 21. Jan. - 19. Feb.

Übersicht

Du hast **+154%** mehr Konten erreicht als im Zeitraum
22. Dez. - 20. Jan.

Erreichte Konten	51,3 Tsd. +154% >
Konten, die interagiert haben	3.555 +446% >
Gesamtzahl der Follower	1.350 +18,8% >

Inhalte, die du geteilt hast Alle ansehen

Beiträge 18 >

Stories 37 >

Reels 12 >

